

Das Märchen der Lübecker Nachrichten von der schönen alten Zeit und davon, dass vor 25 Jahren im Rathaus angeblich alles anders wurde

Als im Rathaus alles anders wurde

Die Gemeindeordnung wurde vor 25 Jahren auf den Kopf gestellt – Das ist dabei herausgekommen

VON JOSEPHINE VON ZASTROW

LÜBECK. Über die Farbe dürfen sie entscheiden. Die Farbe der Blumenkübel. Oder vielmehr über die Farbe des Kübels, in dem ein Baum steckt. Zumindest am Koberg. Bäume sollen auf den Platz vor dem Heiligen-Geist-Hospital. Die Politiker wollen das, die Verwaltung blockiert, es dauert acht Jahre – am Ende werden Bäume in Kübeln auf den Platz gestellt. Über deren Farbe dürfen die Politiker entscheiden. Zugegeben: Ein plakatives Beispiel, aber ein reales.

„Das hätte es früher nicht gegeben.“ Maßlos ärgert sich Ulrich Pluschke über dieses Vorgehen der Bauverwaltung. Der SPD-Mann mischt seit 35 Jahren mit in der Kommunalpolitik. Heute ist er der stellvertretende Stadtpräsident. Er zählt zu den Ehrenamtlichen.

Wichtig: Kommunalpolitiker machen Politik in ihrer Freizeit. Wie Pluschke. Die Verwaltung indes besteht aus fest Angestellten. Hinzu kommen Bürgermeister und Senatoren, die im Hauptamt Politik machen – für die Zeit, für die sie gewählt sind. „Beim Koberg wurde der Wille der Politik ignoriert“, kritisiert Pluschke. „Die Verwaltung sagt, dass alles nicht geht, was die Politiker wollen.“ Er drückt es drastischer aus: „Die Bürgerschaft wurde veräpelt.“ Am Ende sei die Rollen-Aufteilung klar. Pluschke: „Die Fachleute der Verwaltung – die Deppen der Politik.“

Das war einmal anders. Pluschke kennt das noch. Da saßen Politiker aus der Bürgerschaft im Senat. Das waren die ehrenamtlichen Senatoren. Sie führten einen eigenen Bereich – wie Schwimmbäder, Liegenschaften oder Volkshochschule. Es gab 15 Senato-



Lübecks Rathaus: Die Geschicke der Stadt werden hier entschieden.

FOTO: 54°/FELIX KÖNIG



Blick in den Bürgerschaftssaal 1954: Heute tagen die Politiker immer noch dort.

FOTO: HANS KRIPGANS

ren in Lübeck, davon neun ehrenamtliche. Damit hatten die Politiker die Mehrheit in dem Gremium – und großen Einfluss. Dadurch wussten sie, was los ist in der Verwaltung. Und die wusste immer, was die Politik wollte. Pluschke: „Die Verwaltung konnte nicht so viel Eigenleben entwickeln.“

Das hat sich geändert. Es gab eine neue Struktur für die Kommunen in Schleswig-Holstein. Eine große Sache damals: Vor 25 Jahren wurde die Gemeindeordnung auf den Kopf gestellt. Pluschke: „Das war eine Entmachtung der Bürgerschaft und so eine Gewichtsverschiebung in den

Machtverhältnissen.“ Es gab zwei Hauptziele der Reform. Erstens die Trennung der Aufgaben. Auf der einen Seite die ehrenamtliche Politik, die sagt, wo es lang geht. Auf der anderen die hauptamtliche Verwaltung, die die Entscheidung umsetzt. Die klassische Gewaltenteilung. Wie auf Landes- und Bundesebene.

Warum man das damals gemacht hat? Die Vermischung von Politik und Verwaltung im Senat hatte dazu geführt, dass viele Entscheidungen nicht mehr nachvollziehbar waren. Es gab Kungeleien im Hinterzimmer, könnte man sagen. „Damals nannte man es Ver-

handlungen“, sagt Lübecks früherer Bürgermeister Bernd Saxe (SPD). Er war oft genug dabei – noch bevor er Bürgermeister wurde, in seiner Zeit als SPD-Geschäftsführer von 1982 bis 1992. Saxe vertritt die Hauptamtlichen, die Politik zum Beruf gemacht haben.

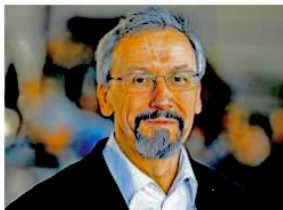
„Hinter verschlossenen Türen ging es um die Fragen, welche Partei wie viele Senatssitze bekommt“, so Saxe, „wer welche Aufsichtsratsposten bekommt und wer in welchem Ausschuss den Vorsitz bekommt.“ Am Ende hätten nur wenige den Durchblick gehabt. Anders sieht das Klaus Puschdell (CDU). Er

ist seit mehr als 30 Jahren in der Kommunalpolitik und heute Stadtpräsident. „Es gibt viel Frustration zwischen Politikern und Verwaltung.“ Denn seit der Reform gebe es keine Kommunikation mehr zwischen beiden. Puschdell vertritt die Seite des Ehrenamtes. Ein wichtiger Punkt aus seiner Sicht: Die Politiker haben nicht den Apparat der Verwaltung und müssen jede Arbeit selbst erledigen. „Das Verhältnis heute ist von Miss- trauen geprägt.“

Zweite Änderung: Die Wahl des Bürgermeisters und der Landräte durch die Bürger. Zuvor wurde der Bürgermeister von der Bürgerschaft gewählt – und war damals auch nicht Chef der Verwaltung. Die Senatoren führten ihre Bereiche in eigener Verantwortung. „Eine höhere Identifizierung“ mit der Stadt habe man sich erhofft dadurch, so Pluschke. Saxe war der erste Bürgermeister in Lübeck, der so gewählt wurde. Blick auf Land und Bund: Die Ministerpräsidenten werden vom Landtag gewählt, die Bundeskanzler vom Bundestag. Also nie direkt vom Volk.

Was ist nun besser – heute oder damals? „Die Reform hat nicht das gebracht, was man sich erhofft hat“, sagt Puschdell. Und dafür sei vieles aufgegeben worden, was gut gewesen sei. Anders sieht das Saxe. „Die Rollenverteilung ist klarer: Das Ehrenamt entscheidet über Ziele, Richtung. Und das Hauptamt setzt um.“

Saxes Fazit: Dass die Politiker häufig die Prioritäten aus den Augen verlieren, sei nicht der Gemeindeordnung anzulasten. Saxe: „Wenn die Politiker sich entmachteten fühlen, müssen sie sich vielleicht fragen, welchen Anteil sie selbst daran haben, dass es so ist.“



Die Verwaltung konnte damals nicht so viel Eigenleben entwickeln.

Ulrich Pluschke (SPD),
Vize-Stadtpräsident



Es gibt viel Frustration zwischen Politikern und Verwaltung.

Klaus Puschdell (CDU),
Stadtpräsident



Hinter verschlossenen Türen ging es um die Frage, welche Partei wie viele Senatssitze bekommt.

Bernd Saxe (SPD),
ehemaliger Bürgermeister

Die Lokalzeitung erzählt Fake News. Am 19.3.1997 wurde die Gemeindeordnung Schleswig-Holsteins zwar in Vielem geändert, nicht aber in den Fragen „von den Füßen auf den Kopf gestellt“, von denen die LN berichten.

1. Über die Bäume auf dem Koberg entschied und entscheidet nach wie vor der Rat der Stadt. Das gilt auch beispielsweise für die Einlagerung von Atomschrott auf Niemark - wenn die Rechtslage hier eine kommunale Entscheidung zulässt.

2. Damals „(ging es) hinter verschlossenen Türen darum, welche Partei wieviele Senatssitze bekommt.“ Das ist heute nicht anders. Die 1997er Gemeindeordnung hat zwar den Senat abgeschafft und mit ihm die ehrenamtlichen Senator:innen. Ferner wurde die Zahl der Stadträt:innen auf 5 beschränkt. Über den Senatsitz entscheidet indes damals und heute die Bürgerschaft in ihrer Mehrheit. Welcher Partei der Sitz dann zufällt, wird nach wie vor hinter verschlossenen Türen unter den Mehrheitsführenden verhandelt. Das Hinterzimmer ist keine Frage der Verfassung, sondern eine Frage des politischen Stils.

3. Es gibt auch keine „Entmachtung der Bürgerschaft und so eine Gewichtsverschiebung in den Machtverhältnissen.“ Denn die parteipolitische Mehrheit der Bürgerschaft blieb Mehrheit auch im Senat. Dort spiegelten sich die Fraktionen der Bürgerschaft. In getrennten Sitzungen stimmten die Senatsfraktionen über das weitere Vorgehen. Die Mehrheitsfraktion im Roten Saal, die Minderheitsfraktion im Kommissarenzimmer. Die hauptamtlichen Senator:innen gehörten zur jeweiligen Fraktion. Der Stadtpräsident

nahm teil. Ohne Stimmrecht im Senat und an der Sitzung seiner Fraktion.

Heute sind „die Machtverhältnisse“ nicht anders als damals. Sie spiegeln sich nunmehr in der parteipolitischen Zuordnung der Senator:innen. Entweder sind sie Mitglied der jeweiligen Fraktion und informieren oder sie bleiben außen vor. Das Verhältnis von Stadt:rätin zu ihrer Fraktion und dasjenige des Bürgermeisters zu seiner Fraktion hat sich jedenfalls durch die veränderte Gemeindeverfassung nicht geändert.

Gleiches gilt für die Transparenz des innerbehördlichen Handelns. Zu Zeiten des Senats wurde allerdings der Umgang der Senator:in mit der Verschwiegenheit in Verwaltungsfragen gegenüber Fraktion und Senatskolleg:in durch das Kollektivorgan Senat zusätzlich geschützt.

4. Nichts hat sich auch daran geändert, wer in kommunalen Fragen in der Stadt das letzte Wort hat. Das war und ist die Bürgerschaft. Das ist und war in allen Fragen der kommunalen Angelegenheiten der Fall, und zwar vor und nach 1997. Nun kritisieren CDU (Herr Puschadel als Stadtpräsident) und SPD (Herr Pluschkell als Stellvertreter), also das Stadtpräsidium, diese 1997er Änderung der Gemeindeordnung. Das ist hochgegriffen.

5. Herr Pluschkell (SPD) erklärt, er ärgere sich „maßlos“ über die Bauverwaltung, also über Bausenatorin Frau Hagen, die keiner Partei angehört, und die sich offenbar der Gestaltungsauffassung der Bürgerschaft im Hinblick auf die Begrünung des Koberg widersetzt. Vor der Änderung von 1997 war die Sach- und Rechtslage indes keineswegs anders.

Mit einem der SPD angehörigen widerständigen Bausenator Dr. Stimmann (1986 - 1991) beispielsweise, konnte seine Partei auch

nicht Schlitten fahren. Der SPD-Bausenator wurde für seine MUK-Entscheidung auf den Parteitag zitiert und gerügt. Er war - mit der SPD-Fraktion zusammen - damals ebenfalls nicht folgsam. Die Bürgerschaft hat diesen Standort auf der Mittleren Wallhalbinsel dann aber glücklicherweise am Ende abgesegnet. Derartige Konflikte waren also auch unter der bis 1997 geltenden Gemeindeordnung Tagesgeschäft, obgleich neun Ehrenamtler im Senat saßen. Derartige Konflikte gab es allerdings nur in wichtigen Fragen.

6. Herr Pluschkell und, falls Herr Puschaddel hierin gleicher Meinung sein sollte, erzählen beide also das Märchen von den angeblich besseren Zeiten. Weshalb? Richtig ist, dass der Senat als Organ der Kommunalverfassung vor 25 Jahren abgeschafft wurde. Davon schreibt die LN allerdings explizit nichts. Sie belässt den Anschein, dass es den Senat weiterhin gäbe. Der jetzige Bürgermeister hält für seine Dezernentensitzung denn auch immer noch an dieser irreführenden Bezeichnung fest. Wie dies schon Bernd Saxe für opportun gehalten hatte. Einen Senat gibt es indes nicht mehr. Mit dieser Irreführung in der Bezeichnung wird auch deutlich, wo der Hund in der Märchengeschichte von LN und Stadtpräsidium begraben liegt.

7. Die Kritik in der Frage der Behandlung der Bäume auf dem Koberg ist nachvollziehbar. Wenn sich die parteilose Senatorin einer zügigen Umsetzung entzieht, gibt es - im Gegensatz zu der Sach- und Rechtslage bis 1997 - nun einen schnellen Weg: Verantwortlich ist der Leiter der Verwaltung, der Bürgermeister. Sonst keiner. Er ist der direkte Fach- und Dienstvorgesetzte der Senator:innen. Kein Senat steht dazwischen. Das ist der Vorteil der neuen Verfassung. Der kurze Weg. Deshalb hat die neue Kommunalverfassung die Macht-Verhältnisse nicht von den Füßen auf den Kopf, sondern umgekehrt vom Kopf auf die Füße gestellt. Der kurze Weg muss nur angewendet werden!

8. Was hindert den Stadtpräsidenten und seinen Stellvertreter indes hier zu handeln? Wenn es denn noch das wöchentliche Gespräch zwischen den beiden gleichberechtigten Repräsentanten der Stadt gibt, zwischen Bürgermeister und Stadtpräsident, was anzuraten wäre, gehört dieser Ärger genau dorthin. Ein Wort genügt. Die Senatorin hat letztlich nichts dazwischen. Der kurze Weg!

9. Warum also der veröffentlichte Ärger? Am Ende steht, wie von Alters her, in Wirklichkeit die alte Frage des politischen Vertrauens zwischen der Vertretung der Verwaltung und derjenigen des Stadtrates. Daran hat die Kommunalverfassung allerdings nichts geändert.